

Das Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation

KLAUS PÖHLE

Der Auftrag

Seit der Arbeitsaufnahme des Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation im September 1977 hat sich in aller Stille eine außerordentlich erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den 35 Parlamenten/Kammern der 21 Mitgliedstaaten des Europarates auf Sekretariatsebene in den Bereichen Wissenschaftlicher Dienst, Dokumentation und Parlamentsbibliotheken entwickelt¹. Statt der Gründung eines europäischen Instituts für parlamentarische Forschung, wie 1975 vom Präsidenten der französischen Nationalversammlung gefordert, folgten die Parlamentspräsidenten den pragmatischen Vorschlägen einer Experten-Sitzung und riefen auf ihrer Konferenz in Wien (10. und 11.6.1977) das Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation mit dem Ziel ins Leben, zusätzliche Informationsquellen für die parlamentarische Arbeit zu erschließen und das gegenseitige Verständnis für die besonderen Situationen, Traditionen und Auffassungen in den Partnerstaaten zu befördern.

An die Ablehnung überwiegend theoretischer Erforschung des modernen Parlamentarismus fügten sich nahtlos geschriebene und stillschweigende Auflagen an: Dieses Zentrum sollte – wie die Konferenz der Präsidenten der Europäischen Parlamentarischen Versammlungen selbst – die wachsenden Empfindlichkeiten zwischen den westeuropäischen Parlamenten außerhalb zu denen innerhalb der EG überbrücken helfen. Folglich wurden die Präsidenten von Europäischem Parlament und Parlamentarischer Versammlung des Europarats gemeinsam im Schlußkommuniqué von Wien beauftragt, das Zentrum aufzubauen. Beide Parlamente stellen deshalb je einen Direktor und Sekretär des Zentrums, die neben ihren normalen Funktionen im Rahmen ihrer Institutionen diese Aufgabe wahrnehmen.

Die stillschweigenden Prämissen für das Zentrum sind, daß es

- den (nationalen) Parlamenten kein Geld kosten soll; jedenfalls nicht direkt;
- die Souveränität der Parlamente nicht antasten darf.

Funktion und Bilanz

Ohne Übertreibung kann festgehalten werden, daß die Zusammenarbeit von Parlamentarischer Versammlung des Europarats und Europäischem Parlament im Rahmen des Zentrums absolut reibungslos verläuft.

Die erste stillschweigende Bedingung hat zur Folge, daß diese europäische Einrichtung – insofern der EPZ vergleichbar – über kein eigenes Budget, Personal und Gebäude verfügt. Wer immer für das Zentrum arbeitet, tut dies als Beamter eines Parlaments. Die Anschrift des Zentrums ist die der beiden Ko-Direktoren². Kosten entstehen vor allem als Briefporto, Telefon- und Telexgebühren sowie in Form von Arbeitszeit der für das Zentrum tätig werdenden Beamten. Die ohnehin seltenen Sitzungen der Untergliederungen des Zentrums können nur stattfinden, wenn ein gastgebendes Parlament gefunden wird. Das Zentrum kennt – auch für seine Veröffentlichungen – nur drei, nicht sieben oder mehr Arbeitssprachen, obwohl ihm 35 Kammern aus 21 Staaten angehören: Französisch, Englisch, Deutsch mit einer offenkundigen Tendenz zur Beschränkung auf Englisch und Französisch³.

Obwohl die zweite stillschweigende Bedingung – die Souveränität der Parlamente nicht anzutasten – das Zentrum zur Einhaltung des Konsensprinzips verpflichtet, haben sich in der Praxis kaum Schwierigkeiten ergeben. Zwei Gründe dürften ausschlaggebend gewesen sein:

- Die hochrangigen Beamten der Parlamente, die vom Generalsekretär/Direktor eines Parlaments zum Korrespondenten des Zentrums ernannt worden sind, können alle Entscheidungen des Zentrums beeinflussen. Sie haben hiervon praktisch nur einen positiven Gebrauch gemacht und selten die Entwicklung gebremst. Auch wird das Konsensprinzip durch den implizit mitvereinbarten Grundsatz gemildert, daß nur der mitentscheiden darf, der mitarbeitet. Dies verringert Ansätze zur Obstruktion.
- Auch wurde das Zentrum, das ja nur den Parlamenten zur Verfügung steht, sehr bald als ein Anliegen in deren Interesse verstanden. Die Entwicklung des Zentrums ist deshalb sehr viel rascher und reibungsloser verlaufen, als es auf der politischen Ebene der Fall war.

Im einzelnen hat sie zu folgenden Ereignissen geführt:

Die Parlamente/Kammern teilen dem Zentrum die Studien mit, die von ihnen angefertigt worden sind: Doppelarbeit mit großem Aufwand an Zeit und Geld kann auf diese Weise vermieden werden. Das Zentrum meldet diese Studien in seinem Informationsbrief. Sie können vom Zentrum oder unmittelbar vom herstellenden Parlament bezogen werden. Seit September 1977 handelt es sich um ca. 2200 Studien (z.B. Pension und Besteuerung von Witwen, Verschuldung Lateinamerikas, Konsequenzen des Golfkrieges), von denen gegenwärtig ca. 1600 in einem besonderen Computer beim Europäischen Parlament gespeichert sind. Die Zahl mag gering erscheinen; aber nur die größeren Kammern verfügen über eigene Wissenschaftliche Dienste und viele Studien sind vertraulich oder haben rein nationale (regionale) Bedeutung.

In zunehmendem Maße wollen die Abgeordneten, insbesondere beim Europäischen Parlament, ihre Entscheidungen auf vergleichende Studien stützen. In einem solchen Fall bittet das Zentrum die Korrespondenten in den nationalen

Parlamenten (schriftlich, in ganz eiligen Fällen telefonisch) um Übermittlung der einschlägigen Materialien, die dann von einem Sachbearbeiter des auftraggebenden Parlaments ausgewertet werden.

Der Nutzen dieser Zusammenarbeit hat so schnell eingeleuchtet, daß die nationalen Parlamente – nicht immer pünktlich, aber ohne Murren – sorgfältig ausgewählte Materialien übersenden. Die nationalen Parlamente sind folglich nicht länger auf die Mithilfe der Botschaften ihres Landes angewiesen.

Mittlerweile ist das Zentrum einen erheblichen Schritt weiter. Die unzähligen Studien, Dokumentationen und Daten können nur dann schnell wieder abgerufen werden, wenn sie vorher nach einem wohldurchdachten, sinnvollen System eingegeben worden sind. Folglich wurde beim Europäischen Parlament der auf ökonomische Begriffe begrenzte OECD-Thesaurus in jahrelanger Arbeit der komplexeren politisch-ökonomischen EG-Wirklichkeit (mit einem Parlament!) angepaßt und in alle sieben Amtssprachen der EG übertragen. Dieser amtliche „EUROVOC-Thesaurus“ der EG wird zur Zeit bei den Parlamenten Spaniens und Portugals transformiert und soll die Basis für deren künftige Dokumentationssysteme bilden. Aber auch die mehrsprachige Schweiz ist an EUROVOC stark interessiert. Der allgemeine integrative Nutzen liegt auf der Hand: Sind die geistigen Ordnungssysteme identisch, können erbetene Informationen über die Grenzen hinweg leichter zugänglich gemacht werden.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß identische Worte nicht überall automatisch einen identischen Inhalt haben. Für Parlamentsbegriffe gilt dies sogar dann, wenn es sich um die gleiche Sprache handelt, etwa das wallonische Französisch im Verhältnis zu demjenigen der Assemblée Nationale. Das Zentrum bemüht sich zur Zeit in stiller und geduldiger Arbeit, Terminologie-Glossarien zur Welt der parlamentarischen Ausschüsse zu entwickeln.

Sehr viel dramatischer läuft die Zusammenarbeit im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung ab. Um ihren Informationshunger jederzeit stillen und um zugleich von den Regierungen möglichst unabhängig sein zu können, bestehen die nationalen Parlamente – weitgehend mit Erfolg – auf direktem Zugang zu den EG-Datenbanken. Gleichzeitig öffnen sie ihre Datenbanken, tun sich jedoch schwerer bei denjenigen ihrer Regierungen. Die befürchteten Zugangsschwierigkeiten aufgrund unterschiedlicher Hard- und Software nehmen übrigens eher ab als zu. Angesichts der bereits investierten Summen wäre ohnehin die Idee einer Harmonisierung utopisch. Neu in die elektronische Datenverarbeitung vorstoßende Parlamente erhalten aber über das Zentrum und dessen spezielle Arbeitsgruppe „Informatik“ wertvolle Orientierungshilfen, die durch Informationsbesuche von Informatik-Beamten noch erhöht werden.

Selbstverständlich wird vom Zentrum auch an ein gemeinsames Hineinwachsen in moderne Bürotechniken gedacht. Der gegenseitige Austausch von Mikroformen ist in vollem Gange und die Zusammenarbeit unter Parlamentsbibliotheken ist durch das Zentrum wesentlich erleichtert worden.

Kritik und Ausblick

Die Hauptaktivität des Zentrums spielt sich innerhalb der 17 (+ EP) Kammern der EG ab. Die Brücke zum Europarat ist insofern formal geblieben. Die Parlamente einiger Staaten des Europarates haben wegen ihres Zuschnitts oder aus anderen Gründen Probleme, an den Arbeiten des Zentrums teilzunehmen (z.B. Liechtenstein, Malta, Island).

Nur langsam beginnen die Parlamente der spät zur parlamentarischen Demokratie zurückgekehrten Staaten, das Zentrum als die Drehscheibe zu begreifen, die ihnen kostbare Erfahrungen (und Hilfe) anderer Parlamente vermitteln kann. Das spanische Abgeordnetenhaus z.B. hat Ende März 1985 dreitägige Studientage u.a. mit diesem Inhalt veranstaltet.

Zwei Statusfragen werden das Zentrum auch künftig beschäftigen:

- es steht zwar unter dem Schutz der Parlamentspräsidenten, aber die Generalsekretäre/Direktoren der Parlamente können für dessen Weiterentwicklung sachlich/funktionell bessere Voraussetzungen vorweisen.
- es wird getragen von den nationalen Parlamenten, aber in einigen Staaten drängen dynamische Parlamente der Regionen nach vorn.

Die Kommission der EG erweist sich auf den Gebieten des Zentrums, z.B. Thesaurus, EUROVOC, nicht als der berühmte Motor der Integration, weshalb das Europäische Parlament unter Umständen seine Vorreiterrolle wird ausbauen müssen.

Anmerkungen

- 1 Von den 21 Mitgliedstaaten des Europarates haben 10 ein Ein-Kammer-System, 11 ein Zwei-Kammern-System = 32 Kammern. Hinzu kommen Europäisches Parlament, Parlamentarische Versammlung des Europarates sowie Versammlung der Westeuropäischen Union = 35 Kammern. Das finnische Parlament hat Beobachterstatus.
- 2 Klaus Pöhle - Europäisches Parlament, Plateau du Kirchberg, L 2929 Luxembourg - Tel. 4300 (1) - App. 2118; Georges Charitons - Conseil de l'Europe, 67006 Strasbourg Cedex - Tel. (88) 61.49.61 - App. 2103.
- 3 Veröffentlichungen des Zentrums:
 - Informationsbrief, 4-6 jährlich, bisher 35 Nummern.
 - Leitfaden, d.h. Auflistung der für Kontakte wichtigen Beamte; jährliche Neuauflage mit zwischenzeitlichen Korrekturen.
 - Broschüre „Organisation der Parlamentsdienste der EG-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments“ - 1980.
 - Broschüre „Organisation der Parlamentsdienste der EG-Mitgliedstaaten“ (Oberhäuser) - 1983.
 - Übersicht über Bibliotheken sowie Dokumentations- und Informationsdienste der Parlamente.

Weiterführende Literatur

- Thöne-Wille, Eva, Die Parlamente der EG. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente. Kehl/Rhein/Straßburg: Engel 1983, 300 S.
- Pöhle, Klaus, Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten. Vier Fragen an ein neues Forum, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Opladen 1978, Nr. 4, S. 99-107.
- Ders., Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Opladen 1978, Nr. 4, S. 504-509.